

Vortrag an den Ministerrat

Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen; Fünfzehnter Umsetzungsbericht

Die am 31. Oktober 2000 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) einstimmig verabschiedete Resolution 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit trägt dem System der VN und den VN-Mitgliedstaaten auf, Frauenanliegen in allen Aspekten ihrer Arbeit im Sicherheits- und Friedensbereich fest zu verankern. Auch die verstärkte Einbindung von Frauen in politische Entscheidungsprozesse sowie in zivile und militärische Friedensoperationen sind Ziele der Resolution.

Die österreichische Bundesregierung bekennt sich zu den Zielen der Resolution 1325 und hat am 8. August 2007 den ersten nationalen Aktionsplan (NAP 1325) mit konkreten Maßnahmen zur Umsetzung dieser Resolution beschlossen (sh. Pkt. 90 des Beschl. Prot. Nr. 22). Zur Überprüfung der Umsetzung und Wirksamkeit des Aktionsplans wurde unter Federführung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) eine Arbeitsgruppe eingerichtet, der Vertreterinnen und Vertreter des Bundeskanzleramts, des Bundesministeriums für Inneres, des Bundesministeriums für Landesverteidigung und des Bundesministeriums für Justiz sowie der Austrian Development Agency (ADA) angehören und in deren Arbeit auch Organisationen der Zivilgesellschaft eingebunden werden.

Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Annahme der Resolution 1325 im Jahr 2010 unternahm Österreich eine umfassende Überprüfung seiner nationalen Zielsetzungen und Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution 1325. Das Ergebnis dieser Überprüfung ist der am 24. Jänner 2012 beschlossene überarbeitete Nationale Aktionsplan (sh. Pkt. 36 des Beschl. Prot. Nr. 128), der von der og. interministeriellen Arbeitsgruppe in Kooperation mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft erarbeitet wurde.

Die Arbeitsgruppe hat jährlich einen Bericht über die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zu erstellen, der der Bundesregierung zur Kenntnis gebracht und danach an das Parlament weitergeleitet wird.

Auch der Berichtszeitraum 2023 wurde von weltweiten Krisen- und Konfliktherden überschattet, von denen Frauen und Kinder in besonderer Weise betroffen sind: So waren etwa mit Stand Dezember 2023 90% der aus der Ukraine geflüchteten Menschen Frauen und Kinder, während 60% der Binnenflüchtlinge Frauen sind. Durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wurden bestehende Geschlechterungleichheiten weiter verstärkt. Gerade unter diesen Umständen ist ein konsequenter Einsatz für die Ziele von Resolution 1325 und ihrer Nachfolgeresolutionen besonders wichtig.

Für den Berichtszeitraum relevant hervorzuheben ist insbesondere die österreichische Unterstützung für die Ukraine und Nachbarstaaten: Von den Mitteln aus dem Auslandskatastrophenfonds von insgesamt 81,46 Millionen Euro wurden 15 Millionen Euro zur Linderung der humanitären Notlage von Frauen und Kindern zweckgebunden.

Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass sich die Krise in Afghanistan und die daraus resultierende humanitäre Notlage für die afghanische Zivilbevölkerung fortsetzen, und diese besonders Frauen und Mädchen trifft, wurde im Berichtszeitraum an der Umsetzung von Projekten von UN WOMEN speziell für die Unterstützung von Mädchen und Frauen weiterhin konsequent gearbeitet. 2023 unterstützten die ADA und das BMEIA UN WOMEN in Afghanistan zusätzlich mit 1,12 Millionen Euro für Projekte, die bis 2025 implementiert werden.

Der nun vorliegende fünfzehnte Umsetzungsbericht der Arbeitsgruppe erfasst den Zeitraum vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2023 und schließt an den vierzehnten Umsetzungsbericht an, der am 21. Februar 2024 vom Ministerrat angenommen wurde (sh. Pkt. 10 der Beschl. Prot. Nr. 88). Er bietet einen Überblick über den Stand der Umsetzung des überarbeiteten Aktionsplans bzw. über die von den einzelnen Ressorts und der ADA gesetzten Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils bei österreichischen Beteiligungen an internationalen Einsätzen, für eine verstärkte Rekrutierung von Frauen in Führungspositionen in internationalen Organisationen, für die verstärkte Einbindung von Frauen in allen Phasen von Friedensprozessen und Konfliktprevention und zum Schutz und zur Förderung von Frauen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen.

Anbei lege ich den fünfzehnten Umsetzungsbericht zum überarbeiteten Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung von VN-Sicherheitsratsresolution 1325 (2000) vor. Ich beabsichtige, diesen Umsetzungsbericht auch dem Parlament zur Kenntnis zu bringen.

Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Annahme der Resolution 1325 im Jahr 2000, ist in Aussicht genommen, den Umsetzungsbericht einer Prüfung im kommenden Jahr zu unterziehen, um die Schwerpunktsetzung zu verstärken.

Im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien, dem Bundesminister für Inneres, der Bundesministerin für Landesverteidigung und der Bundesministerin für Justiz stelle ich daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

20. Dezember 2024

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister